
FDP im Römer

WER KANN SICH FÜR EINEN NOTFALL SO VIEL ZEIT LASSEN? KOALITION ERKENNT NICHT DEN ERNST DER LAGE BEIM HEBAMMENMANGEL

22.02.2019

„Wir Freie Demokraten würden es begrüßen, wenn durch die Koordinierung einer Wochenbett-Notfallversorgung endlich Bewegung in das Thema Hebammenmangel in unserer Familienstadt Frankfurt kommt“, betont [Yanki Pürsün](#) der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Römerfraktion und ergänzt: „Doch leider gibt es hier ein ganz großes ABER: Denn wie der Name schon sagt, soll es sich um eine Notfallversorgung handeln, genau dies haben wir mit unserem Antrag (NR 491), dem übrigens auch von der Koalition zugestimmt wurde, vor ziemlich genau einem Jahr gefordert.“ Der Runde Tisch Geburtshilfe habe bereits 2017 ein Zwei-Säulen-Notfallkonzept erarbeitet, was vom Magistrat als gut befunden wurde (B 171/18). „Es ist verwunderlich und ich kenne niemanden, der sich für einen Notfall so viel Zeit lassen kann wie der Magistrat“, kritisiert Pürsün. Im Januar hätte nach Medienbericht eine zentrale Stelle für die Notfallversorgung eingerichtet werden sollen. Erst jetzt scheint es eine Stellenausschreibung zu geben, in der zwei Hebammen/Entbindungspfleger gesucht werden. „Offensichtlich bedarf es einem gewissen Druck von den Freien Demokraten bis der Magistrat etwas gegen den Hebammenmangel unternimmt. Bereits vor einem halben Jahr haben wir dem Magistrat in unserem Antrag NR 656 klare langfristige Lösungen vorgestellt, die leider auf Ablehnung gestoßen sind“, bemerkt Pürsün. „Ein Notfalltelefon oder eine Notfallambulanz sind Lösungen zur Überbrückung einer Notlage. Der Magistrat kann sich darauf nicht die nächsten Jahre ausruhen. Wir brauchen ein Konzept, bei dem die Hebammen zu den jungen Eltern nach Hause kommen. Es ist uns auch äußerst wichtig, dass die Personen, um die es hauptsächlich geht ? zum Beispiel die freiberuflichen Hebammen oder Elterninitiativen ? bei der weiteren Entwicklung intensiv eingebunden werden“, erklärt Pürsün. Dezernent Mayer habe in einem Interview zur geplanten Notfallversorgung

erwähnt, dass Dinge geändert werden könnten, wenn nachgesteuert oder das Angebot ergänzt werden müsse. „Grundsätzlich würde unserem Antrag, der sich an einem bereits praktizierten Modell in der Stadt Wiesbaden orientiert, somit nichts entgegenstehen ? außer dem vollkommen unverständlichen ablehnenden Votum der Koalition“, moniert Pürsün. „Und auch die Ablehnung unseres Etat-Antrages ‚Zuschuss für Hebammen‘ hat gezeigt, dass der Ernst der Lage beim Thema Hebammenmangel noch immer nicht bei der Koalition angekommen ist.“